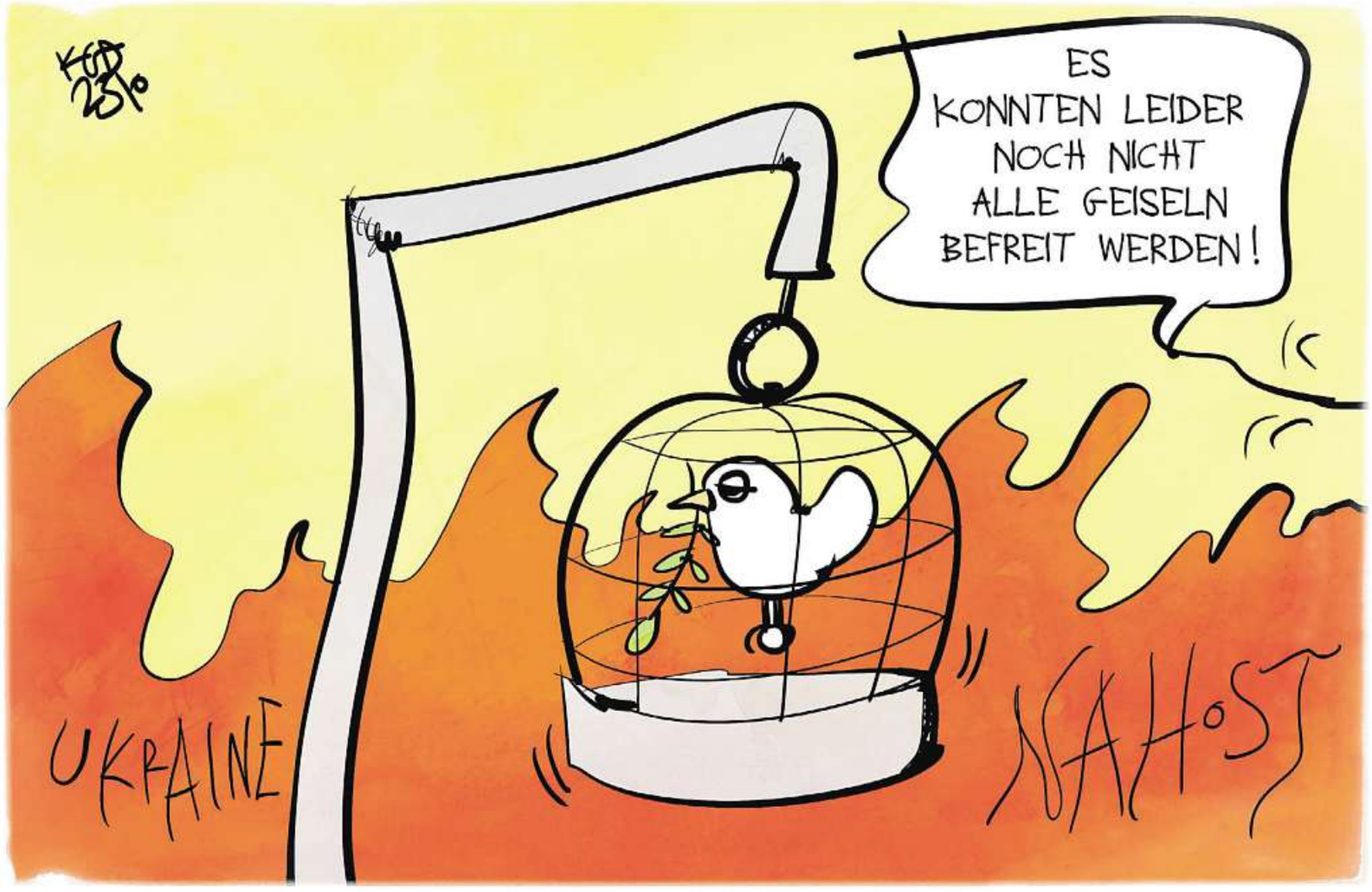
Schuldenbremse muss bleiben

Markus Peters
über den Industriestrompreis

Der Gedanke von Robert Habeck, die Schuldenbremse auszusetzen, wird wohl ein frommer Wunsch bleiben. Erstens wird eine weitere Verschuldung mit der FDP nicht machbar sein. Zweitens ist es angesichts steigender Zinsen im Moment auch nicht sinnvoll, weitere Kredite aufzunehmen. Erst recht nicht für einen zeitlich befristeten Industrie- oder Brückenstrompreis, der angesichts nach wie vor hoher Energiepreise dafür sorgen soll, dass deutsche Industriearbeitsplätze erhalten bleiben.

Eine solche Maßnahme ist wegen der schwierigen Konkurrenzsituation von energieintensiven Unternehmen trotzdem richtig. Auf Sicht ist nichts teurer als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit. Nur die erforderlichen Mittel dafür müssen entweder aus dem Verzicht auf Einnahmen, aus Steuererhöhungen oder durch Einsparungen an anderer Stelle – vermutlich im sozialen Bereich – aufgetrieben werden. Zur Erinnerung: Für diese Zwecke wendet der Bund derzeit die Hälfte seiner Mittel auf. **Bericht Seite 4**

markus.peters@weser-kurier.de



Kostas Koufogiorgos **Weitere Karikaturen unter www.weser-kurier.de/karikaturen**

Der Bogen wird überspannt

Timo Thalmann
über Flüchtlingsunterkünfte

Mutmaßlich ist ein Flüchtlingsquartier in einer Turnhalle nicht sonderlich beliebt. Niemand will in kleinen, nach oben offenen Kabinen zu viert nächtigen und sich morgens in der Sammeldusche einer Umkleide frisch machen. Man kann das zu Recht kritisieren und sich fragen, ob es in einem reichen Land wie Deutschland keine anderen Unterbringungsmöglichkeiten gibt. Das wäre womöglich eine Demonstration wert.

In der Existenz dieser Art von Notunterkunft allerdings eine rassistische Struktur erkennen zu wollen, überspannt den Bogen. Vollends fragwürdig wird dieser Vorwurf, wenn die Adressaten auch noch die Pädagogen und Helfer der Einrichtung sind, die versuchen, aus der Situation das Beste für die Geflüchteten zu machen.

Am Ende ist es eine bittere Pointe, dass vermutlich politisch links orientierte Demonstranten eine Flüchtlingsunterkunft schließen wollen. Das kannte man bislang eher von der anderen Seite des politischen Spektrums. **Bericht Seite 8**

timo.thalmann@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteurin: Silke Hellwig · **Mitglied der Chefredaktion:** Michael Baltes · **Chef vom Dienst:** Michael Brandt · **Digitalchef:** Bastian Angenendt-Eiserbeck · **Art-Direktor:** Franz Berding **Leiter Zentraldesk und Politik:** Markus Peters · **Chefreporter:** Jürgen Hinrichs, Jean-Julien Beer **Bremen/Niedersachsen und Wirtschaft:** Maren Beneke, Mathias Sonnenberg · **Kultur:** Iris Hetscher · **Sport:** Olaf Dorow · **Kommunal- und Landespolitik:** Jürgen Theiner · **Stadtteile:** Antje Borstelmann
DIE NORDDEUTSCHE: Björn Josten · **WÜMME-ZEITUNG:** André Fesser · **OSTERHOLZER KREISBLATT:** Lars Fischer
SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU: Wolfgang Sembritzki*
ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land: Felix Gutschmidt*
DELMENHORSTER KURIER: Gerwin Möller*
Büro Hannover: Peter Mlodoch · **Büro Berlin:** Cornelie Barthelme · **Büro Brüssel:** Katrin Pribyl · **Büro London:** Susanne Ebner · **Büro Paris:** Birgit Holzer · **Büro Washington:** Thomas Spang *Pressedienst Nord GmbH

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle.

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 46,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 77.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
Mo. bis Fr.: 9.30 bis 17 Uhr.
Telefonisch Mo. bis Fr. von 7 bis 17 Uhr und Sa. von 7 bis 12 Uhr.
Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21/ 36 71 0 Telefax: 04 21/ 36 71 10 00
Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21/ 36 71 66 77 Telefax: 04 21/ 36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
Online: weser-kurier.de/kundenservice sowie über die WK News-App
Redaktion:
Telefon: 04 21/ 36 71 0 Telefax: 04 21/ 36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21/ 36 71 66 55
Telefax: 04 21/ 36 71 42 21 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/ 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH

Die A 27 braucht keine sechs Spuren

Christoph Barth
über den Autobahnausbau

Die Handelskammer Bremen gilt gemeinhin nicht als Organisation, die sich dem Bau neuer Straßen und Autobahnen leichtfertig verweigern würde. Beim Thema Ausbau der A 27 jedoch winkt man im Schütting ab: keine Top-Priorität, heißt es. Trotzdem hat es die Verbreiterung der Blocklandautobahn auf sechs Spuren in ein Gesetz geschafft, das der Bundestag in der vergangenen Woche beschlossen hat. Und manch einer in Bremen fragt sich, wie es ein mäßig bedeutsames Projekt so weit bringen konnte.

Das „Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich“ bietet dem durchschnittlich interessierten Leser eine Lektüre, die ungefähr so aufregend ist, wie der Titel vermuten lässt: In elf Paragrafen geht es darum, welche Paragrafen in anderen Gesetzen geändert werden müssen, um am Ende schneller eine Autobahn verbreitern oder ein neues Gleis verlegen zu können. Kein Lesestoff fürs Sofa, aber in der Gesetzgebung ist es wie bei der Wurstproduktion: Man guckt nicht so gerne zu – entscheidend ist, was hinten rauskommt. Und das ist in diesem Fall ein Gesetz, von dem der Bundesverkehrsminister sagt, es sei „ein Versprechen“ – nämlich das Versprechen, „dass Wachstum, Wohlstand und Teilhabe auch in Zukunft in Deutschland möglich sind“. Darunter macht es der FDP-Mann Volker Wissing offenbar nicht.

Das Gesetz soll zum einen den Ausbau des Schienennetzes beschleunigen, sonst hätte es der grüne Koalitionspartner wohl kaum mitgetragen. Aber auch eine Reihe von Autobahnprojekten soll davon profitieren: Es geht ausdrücklich nicht um den Bau neuer Autobahnen, sondern um die Beseitigung von „Engpässen“ an vorhandenen Strecken. Die Verbreiterung dieser Abschnitte wird per Gesetz zum „überragenden öffentlichen Interesse“ erklärt, was den Planungs- und Genehmigungsprozess abkürzen soll.

Welche Autobahnabschnitte das sind, steht in einer Liste im Anhang des Gesetzes: 138 Projekte, die Hälfte in Nordrhein-Westfalen. Der Norden ist nicht sehr zahlreich vertreten: Ein halbes Dutzend Autobahnabschnitte in Niedersachsen hat es auf die Liste geschafft – und die A 27 zwischen dem Autobahnkreuz Bremen und der Anschlussstelle Überseestadt. Zurzeit hat die Autobahn dort vier Fahrspuren; zwischen Überseestadt und Bremen-Nord wurde sie bis Ende 2005 bereits auf sechs Spuren erweitert.

Mit dem Lückenschluss zur A 281 ist Entlastung in Sicht.

Die Liste hat man sich im Bundesverkehrsministerium nicht einfach ausgedacht. Grundlage sind die Projekte, die die Bundesländer für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet haben. Der Ausbau des 15 Kilometer langen Abschnitts der A 27 steht dort seit 2013 als „vordringlicher Bedarf“ – zu damals geschätzten Baukosten von gut 44 Millionen Euro. Die erwarteten Zuwächse im Hafenumschlag und der entsprechende Lkw-Verkehr ließen den Ausbau geraten erscheinen.

Tatsächlich jedoch ist der Hafenumschlag gesunken. Gegenüber dem Rekordjahr 2012 verlor etwa die Stromkaje ein Drittel ihres Containerumschlages. Mit Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe will sich Bremen gegen den Abwärtstrend stemmen und verlorene Marktanteile zurückgewinnen. Aber ob sich der Welthandel angesichts der aktuellen Fronten und Blöcke so bald in neue Rekordhöhen aufschwingen wird, darf bezweifelt werden.

Gegenwärtig jedenfalls – da sind sich sogar Greenpeace und Handelskammer einig – stellt die A 27 keinen Engpass dar. Zu Stoßzeiten und bei Störungen auf der A 1 herrscht mal dichter Verkehr, aber auf welcher Stadtautobahn wäre das nicht so? Zudem ist mit dem Lückenschluss zur A 281 über den geplanten Wesertunnel bei Seehausen Entlastung in Sicht: Ab Ende der 2020er-Jahre verfügt Bremen über einen Autobahnring, auf dem sich die Stadt links oder rechts herum umfahren lässt. Eine sechsspurige A 27 braucht es dafür nicht.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die Handelskammer hat durchaus ein paar Ideen, wo neue Fernstraßen in und um Bremen nötig wären – eine achtspurige A 1 etwa, die Küstenautobahn A 20 oder eine neue B 6 zwischen Huckelriede und Brinkum. Der Konfliktstoff geht Wirtschaftsverbänden und Umweltschützern also nicht aus. Die A 27 jedoch kann von der Liste gestrichen werden.

christoph.barth@weser-kurier.de

FOTO: KARTSEN KLAMA

Die A 27 verläuft an Schrebergärten, Wohngebieten und Feuchtwiesen entlang – Konflikte sind unvermeidlich.

„Mit Blick auf den Krieg fällt eines auf: viel Abwesenheit“

Südwest Presse
über die deutsche Außenpolitik

Nimmt man die beiden großen Krisen der Gegenwart – im Nahen Osten und in der Ukraine – zum Maßstab, wird deutlich, wie weit wir von echter Multipolarität entfernt sind. Zumindest dann, wenn der Begriff Pol so verstanden wird, wie er in der Geografie gemeint ist: als etwas, woran sich alles Übrige ausrichtet. Mit Blick auf den Krieg zwischen der Hamas und Israel fällt nämlich eines auf: viel Abwesenheit. Während die USA umgehend sowohl ihren Präsidenten als auch zwei Flugzeugträger entsandten, hat man weder aus Peking und Moskau noch aus Delhi oder Brasilia bislang Entscheidendes zur Lage vernommen oder gar gesehen.

„Deutschland trägt besondere Verantwortung für Israel“

Schwäbische Zeitung
über Demos zum Nahost-Konflikt

Man kann sich über Demonstranten, die ihre Solidarität mit den Menschen im Gaza-Streifen ausdrücken wollen, ärgern oder die Aussagen verlogen finden. Aber es gilt: Auch wer Palästina-Fahnen schwenkt, wird vom Recht auf Meinungsfreiheit geschützt. Doch dabei bleibt es häufig nicht: Aus den Demonstrationszügen wird zu Hass und Gewalt aufgerufen, antisemitische Parolen erschallen, Hetze gegen Israel ist zu hören. Hier überschreiten viele Demonstranten die Grenze der Meinungsfreiheit und begehen Straftaten. Jeder einzelne, egal, wo und wann zur Welt gekommen, welcher Religion oder politischer Ausrichtung, muss wissen: Deutschland trägt aufgrund der Verbrechen gegen Juden während des Holocaust besondere Verantwortung für Israel, die zur deutschen Identität und Staatsräson gehört. Wer in Deutschland leben will, muss diese Staatsräson respektieren. Wer in Deutschland leben will, muss diese Staatsräson respektieren. Wer das nicht akzeptieren will, der kann nicht zu unserer Gesellschaft gehören.

„Der Westen ist eine schwankende Gestalt geworden“

Leipziger Volkszeitung
über den Nato-Beitritt Schwedens

Der Westen ist eine schwankende Gestalt geworden. Zwar steht die Nato bislang in beeindruckender Geschlossenheit an der Seite der Ukraine, was viel mit der Führung von US-Präsident Joe Biden zu tun hat. Und auch die EU hält sich wacker. Doch ob die Demokratien demokratisch bleiben und ob sie dauerhaft zusammenstehen, das ist ungewisser denn je. Der Westen muss jetzt genau dafür kämpfen.